Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 ℳ je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 36. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 11. Februar 1933. | 15. Jahrgang.

Ein gutes Wort ist wie ein Samenkorn . .
es schweigt und schläft
und wacht erst auf
und wird zu Sinn erst und zu Sein,
fäst du's in deine Erde ein
und schaffst du dir's zu eigenem Leben!

Caesar Flaischlen.

Hitlers Berufung im französischen Lichte.

Seit einem Jahrzehnt behauptet die Links- und Zentrumspresse unentwegt, daß die Uebernahme der Regierung durch die Rechtsparteien schwere Komplikationen mit den Ausland mit sich bringen wird. Nun ist eine ausgesprochene Rechtsregierung da, und es steht fest, daß überhaupt keine Komplikationen aus der Uebernahme der Regierung durch Hitler zu erwarten sind. Weshalb auch Schwierigkeiten dieserhalb auftreten sollten, ist jedem Einsichtigen von jeher unklar gewesen, denn das deutsche Volk kann regiert werden, wie es will, und braucht ausländische Bevormundung nicht.

Die englische und amerikanische Presse verhält sich zu den geschichtlichen Ereignissen abwartend. In Italien hat dagegen die Ernennung Hitlers, die seit einiger Zeit als sicher bevorstehend bezeichnet wurde, begreiflicherweise Befriedigung ausgelöst. Nur in Frankreich ist man mißgestimmt, weil die Tage der Rosen zu Ende sind. Und diese Mißstimmung spiegelt sich in den Kommentaren wider, die in großen französischen Zeitungen zu lesen sind, die sich aber durchaus im Rahmen der bisherigen Beleuchtung der deutschen politischen Ereignisse bewegen.

„Von Hitler", schreibt beispielsweise der offiziöse „Temps", „erwartet man in Deutschland ein Wunder. — Für die Ernennung des nationalsozialistischen Führers zum Reichskanzler finden wir überhaupt nur zwei Erklärungen: entweder hat der Reichspräsident aus Schwäche oder Müdigkeit (!) demDrängen seiner Umgebung nachgegeben und seinen Gegner, gegen den er stets eine persönliche Antipathie gehabt hat, zur Führung der Staatsgeschäfte berufen, und dann bedeutet dies, daß der Reichspräsident vor den revolutionären Kräften, die im Nationalsozialismus verkörpert sind, kapituliert hat, oder Hindenburg hat den nationalsozialistischen Führer vor eine schwere Verantwortung gestellt, um seine Unfähigkeit, die Dinge zu meistern, unter Beweis zu stellen.

Man hat immerhin der unmittelbaren Kontrolle Hitlers das Heer, die Finanzen, die auswärtige Politik, das Verkehrswesen, das Arbeits- und Wirtschaftsministerium entzogen. Dagegen hat man dem nationalsozialistischen Führer und seine beiden Adjutanten Frick und Göring die undankbare Aufgabe übertragen, für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Es ist dennoch möglich, daß die große Popularität des Kanzlers bald verbraucht sein wird, oder daß sich die Konservativen von ihm trennen, weil ihnen seine wirtschaftlichen Lehren nicht angenehm sind. Andererseits ist es aber nicht ausgeschlossen, daß es Hitler gelingt, die Oberhand über seine Aufpasser zu gewinnen.

Es gilt vor allem zu erfahren, ob Hitler lediglich ein politischer Agitator oder ein Staatsmann ist. Mussolini, der vor einer gleichen Situation gestanden hat, hat es verstanden, der Schwierigkeiten Herr zu werden und die Geschicke Italiens nach seinen Plänen zu lenken.

Auf alle Fälle stellt die Berufung Hitlers den Anfang einer neuen Epoche der deutschen Geschichte dar. Es scheint aber schon jetzt festzustehen, daß der Triumph der Nazi nicht ohne innerpolitische Erschütterungen bleiben wird. In Deutschland sind die Massen entmutigt bis zur Verzweiflung; ein Mittelstand besteht nicht mehr, und die Kommunisten bedeuten wirklich eine Macht, mit der gerechnet werden muß.

Was werden nun die Neuwahlen bringen? Niemand kann es voraussagen. Die Nationalsozialisten, deren Führer nunmehr über alle offiziellen Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung verfügt, werden diesmal regierungsseitig in ihrer Propaganda nicht gehindert. Sie können aber die Unzufriedenheit im Volk nicht für sich ausbeuten. Dabei enthält das nationalsozialistische Programm antikapitalistische Lehren, wie Abschaffung des arbeits- und müheloſen Einkommens, Verstaatlichung aller bisher vergesellschafteten Betriebe, Bodenreform, Brechung der Zinsknechtschaft usw., die von den Deutschnationalen, die kapitalistisch eingestellt sind, nie und nimmer anerkannt werden können. Zudem werden nach dem nationalsozialistischen Programm die Juden und die Zugewanderten nicht als Volksgenossen betrachtet. Die Nationalsozialisten verlangen ferner die Entfernung der Juden und Zugewanderten aus den Zeitungsredaktionen und fordern den gesetzlichen Kampf gegen Künstler und Schriftsteller, die nicht Volksgenossen sind. Werden diese an sich extravaganten (!) Forderungen — so schreibt der „Temps" — weiter Beifall beim Bürgertum finden?

Für die Wahlen am 5. März eröffnen sich drei Möglichkeiten: entweder werden die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit erringen, und dann sind Umwälzungen unausbleiblich, oder es werden die Nationalsozialisten und Deutschnationalen die absolute Mehrheit auf sich vereinigen, und dann wird viel Wasser in den nationalsozialistischen Wein gegossen, oder es werden beide Gruppen des Zentrums nicht entraten können. Wird dann der Reichspräsident den Reichskanzler Hitler entlassen, wie er schon v. Papen und Schleicher entlassen hat? Oder wird Hindenburg sich gefallen lassen, daß Hitler sich zum Diktator ausruft? Wird Hitler eine Entlassung hinnehmen, wenn das Zentrum seine Schlüsselstellung beibehält oder wird er, gestützt auf seine SA, seinen Willen gegen Reichstag und Parlament durchsetzen?

Die Lage ist völlig ungeklärt. Durch die Berufung Hitlers zum Reichskanzler ist jedenfalls die politische Lage undurchsichtiger denn je geworden."

Soweit der „Temps". In einem muß man ihm unbedingt recht geben: die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichskabinetts bietet nicht die Gewähr dafür, daß die kapitalistische Wirtschaft, die in der ganzen Welt durch eine ungerechte Verteilung der Güter, durch die Unfähigkeit, die Arbeitslosigkeit zu dämmen, jämmerlich versagt hat, endlich durch eine nicht auf Profit eingestellte Wirtschaft abgelöst wird. Nach der Reichsverfassung bestimmt wohl der Reichskanzler die Richtlinien der Politik, jeder Reichsminister leitet indes seinen Geschäftszweig selbständig unter eigener Verantwortung. Der nationalsozialistische Einfluß auf das Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsministerium ist demnach verschwindend klein, weil die Leiter dieser Ministerien kapitalistisch eingestellt sind. Zudem besteht nach der Rechsverfassung im Ministerkabinett das Kollegialsystem, in dem der Grundsatz der Mehrheit herrscht, so daß die nationalsozialistischen Vertreter, die in der Minderheit sind, nicht viel ausrichten werden. Was jedenfalls zu begrüßen ist, ist die nationale Richtung des neuen Kabinetts.

Was die Entwicklung betrifft, so steht sie in Gottes Hand. Wir wollen unsere Pflicht tun. Die Entscheidungen überlassen wir ihm, der am besten weiß, was Deutschland not tut.

E. F. K.

Die große Ueberraschung

Wenn auch ein Kabinett Hitler „eigentlich etwas ganz Selbstverständliches ist", so kam es sozusagen doch über Nacht zu uns. Nicht nur in Deutschland steht man unter diesem Eindruck, sondern auch das Ausland steht vor einer großen Ueberraschung. „Das Unwahrscheinliche" doch geschehen." Unter dieser Ueberschrift brachte „de Standaard" die Nachricht von der Kanzlerschaft Hitlers. Und man ist sich der Konsequenzen dieses jüngsten Geschehens wohl bewußt. Ein anderes holländisches Blatt schreibt: Zu gleicher Zeit sehen wir in Deutschland und Frankreich eine Kabinettskrise. Aber die ganze Weltpresse scheint nur Interesse für Deutschland zu haben. Man ahnt eine Wende der Geschichte Deutschlands und darüber hinaus des ganzen Europa. Gewiß, man sieht in einer Regierung Hitler-Papen-Hugenberg ein Experiment und Holland erwartet z. B. für den Absatz seiner Bodenprodukte von Hugenberg nichts Gutes. Prinzipiell besteht jedoch dieses Experiment darin: Wird Hitler den Kommunismus überwinden, und wenn nicht, was dann? In diesem Sinne schließt selbst das antirevolutionäre Blatt „De Rotterdamer" mit einem Heil Hitler! Im großen und ganzen freut man sich mit dem nationalen Deutschland. Man gönnt Hitler nach seinem langen Kampf diesen Erfolg und freut sich, daß er seine Wirksamkeit vom Sportpalast in die Reichskanzlei verlegen kann, und daß seine Verantwortung einer Partei gegenüber in die Verantwortung für das ganze deutsche Volk verwandelt ist.

Aber auch von Ueberraschungen erholt man sich wieder und fängt an, zu erklären, warum alles so gekommen ist. Interessant ist der Erklärungsversuch des „De Telegraaf" am 1. 2. 33: v. Papen sah ein, daß nur die Not die nationalen Parteien zusammenbringen würde. Nun aber ist Tatsache, daß in Deutschland allerhand Anzeichen für eine Besserung der wirtschaftlichen Lage vorhanden sind. Die Befreiung von den Kriegsschulden kann auf die Dauer nicht ohne günstigen Einfluß bleiben. Die Entwicklung der Börse in Berlin sticht günstig ab gegen die der anderen Hauptstädte. Kurzum: „Allgemein herrschte der Eindruck sowohl in Deutschland selbst als draußen, daß das kommende Frühjahr große Erleichterungen bringen würde." Die Not drohte also zu weichen, die v. Papen als seine Bundesgenossin ansieht. Er mußte das Eisen schmieden, solange es heiß ist. Mit der Parole „Nun oder nie" ging er ans Werk und erlebte in dem neuen Kabinett seinen gewünschten Erfolg".

Andere Blätter gaben anderen Kommentare. Man weist auf den drohenden Osthilfeskandal hin. Um den zu verdecken und Tatsachen zu verschleiern, mußte das alte Kabinett weichen. Oder man spricht von dem Versuch v. Papens, er habe Hitler durch die Eingliederung in ein reaktionäres Kabinett zu seinen sozialistischen Anhängern in einen Gegensatz bringen wollen, um die Kraft der NSDAP zu schwächen. Mit welch primitiven Mitteln die linksgerichteten Zeitungen arbeiten, zeigt sich in ihren Deutungsversuchen: Die neue Regierung ist nur das Sprungbrett für eine neue Herrschaft der Hohenzollern. Schon hat der deutsche Kaiser vier neue Mercedeswagen gekauft, schon ist Prinz Hendrik, der Gemahl der holländischen Königin, mit einer Unmenge von Gepäck von Haus Doorn nach Deutschland abgereist . . .

In jede Deutung schleicht sich so Wahrheit, halbe Wahrheit und Lüge ein. Wie kann es auch anders, da sie ja nie objektiv ist, sondern sich aus den eigenen Vorstellungen und Tendenzen nährt. Und keine Erklärung, und sei sie noch so geistreich, wird dem Geheimnis der Geschichte gerecht. Steckt nicht überhaupt hinter jedem Erklärenwollen die heimliche Absicht, sich der gestellten Verantwortung und Entscheidung zu entziehen. Denn das ist nun einmal Tatsache: Was ich erklären und begreifen kann, über das verfüge ich, und dessen Anspruch an mich habe ich damit aufgehoben. Wir wollen uns freuen, daß ein jahrelanger Wunsch aller nationalgesinnten Kreise Deutschlands endlich in Erfüllung gegangen ist, und wissen uns dadurch nicht zu rationalistischen Erklärungsversuchen, sondern zu verantwortungsbewußter Tat u. zur Dankbarkeit aufgerufen. In jedem Geschehen steckt etwas Irrationales, das wir nicht mehr erklären können. Wir Christen glauben, daß Gott es ist, der auch in der Geschichte wirkt. Die Geschichte ist ein lebendiges Ineinander von Menschentat und Gottesgabe. Darum ist in jedem Geschehen Menschliches, allzu Menschliches, das uns zur Kritik berechtigt; aber darum ist auch in jedem Geschehen die göttliche Gabe eingeschlossen, der gegenüber nur eine Haltung möglich ist, nämlich die der Dankbarkeit. Nur so wird das Geheimnis der „großen Ueberraschung" gewahrt.

—lyn.

Brief aus Baden.

Auch in Baden hat das neueste und wohl vorerst wichtigste politische Ereignis, die Bildung des Kabinett Hitler, weithin die Gemüter in Bann geschlagen. Je nachdem man bejahend oder verneinend zu Hitler und seiner Bewegung stand, fielen auch hier die Urteile aus. Und doch nicht nur so. Auch wo man sich nicht zu Hitler bekennt, konnte man doch vielfach Stimmen vernehmen, die gleichwohl eine Betrauung Hitlers mit dem Kanzleramt als nun einmal unumgänglich nötig erachteten. Zumal man gegen einen Hitler, der sich mit anderen zusammenstellt, schon um des kraftvollen Deutschtums willen weit weniger einzuwenden hat, als gegen den Hitler vom 13. August 1932. Leider aber ist es auch in Baden nicht ohne Blutvergießen abgegangen, und wir fürchten nach alledem, was noch unmittelbar vor der Ernennung des neuen Kabinetts in der badischen Gautagung des Reichsbanners „Schwarz-rot-gold" zu Mannheim hat öffentlich gesagt werden dürfen, jetzt freilich so wohl nicht mehr gesagt werden darf, aber als Gedanke und Gesinnung weiterlebt, das bereits vergossene Blut werde nicht das letzte bleiben. — Insofern — von andern Gründen zu schweigen — war jener beiden Rundfunkherren Vergleich des Berliner Fackelzuges und der darin ausgedrückten Begeisterung mit der Breslauer vom Jahre 1813 („Der König rief und alle, alle kamen!") völlig falsch. Anno 1813 ist unseres Wissens alles einig gegen Napoleon aufgestanden, so daß eigentlich der König gar nicht erst rufen brauchte und selber auch nicht ausschlaggebend gerufen hat!. Bruderblut wurde jedenfalls nicht vergossen. Und das ist mehr und mehr erst heute der entsetzliche Kaufpreis, wann immer uns eine vaterländische Welle einen Schritt weiter vorantragen soll.

Scharfe Töne klangen aber auch aus Baden nach Berlin in anderer Sache und abermals noch kurz vor dem Ende der Schleicherschen Regierung. Es geht zur Zeit ein schwerer Kampf um die vermeintliche Zurücksetzung der badischen Eisenbahnbelange. Dabei ist der Verkehrs-

411 Stadt.Bibliothek S 839

minister, der auch dem Hitlerschen Kabinett angehört, aus Baden geholt worden! Man wünscht in Baden nicht nur die Verstromung der Strecke Karlsruhe-Stuttgart, die ja wohl erfolgen wird, sondern auch die Nordsüdstrecke im Rheintal, also Frankfurt-Basel. Bei vollem Verständnis dafür ist trotzdem zu begreifen, warum die Reichsregierung hiervon weniger wissen will. Sie sagt, auf dieser Teilstrecke leiste der Dampf kaum weniger als die Elektriztät, also könne man hier den teuern Umbau sparen! Oder allenfalls einen fliegenden „Hamburger", in diesem Falle einen Schnelltriebwagenverkehr Berlin-Frankfurt-Karlsruhe-Basel, einsetzen. Noch ist dieser Streit nicht erledigt. Freiherr Eltz von Rübenach wird einen schweren Stand haben!

Was aber soll nicht noch alles versucht werden, um die nun wieder mit 172 000 badischen Arbeitslosen mit Arbeit zu versehen! (Die Zahlen gehen auf den Jahresanfang zurück!) Die zuständigen Stellen geben sich gewiß die größte Mühe. Man hat z. B. den badischen Pfarrer Dr. Becker, der schon gleich nach Beginn der Arbeitslosigkeit auf eigene Faust Arbeitslager ins Leben rief, in das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland berufen und ihn von seiner kirchlichen Behörde, dem Evangelischen Oberkirchenrat zu Karlsruhe, freierbeten. Man hat den Freiwilligen Arbeitsdienst gerade in Baden stark ausgebaut, läßt u. a. Rheinsümpfe entwässern u. dergl. mehr. Heidelberg wunscht eine neue Klinik an Stelle der freilich nicht mehr haltbaren alten. Freiburg plant einen anderen Millionenbau. Andere Kreise versuchen mit den bekannten (oder nicht bekannten?) Ausgleichskassen Arbeit ins Leben zu rufen und diese zu entlohnen. Man nimmt auch in Baden, wie wohl auch anderweit, die Postscheckguthaben durch regelmäßige Abbuchungen — mit Zustimmung ihrer Besitzer selbstverständlich! — in Anspruch und will mit dieser „2½-Groschenspende" vor allem die brotlosen Dörfer vor dem Allerschlimmsten schützen. Denn das gibt es in Baden — wie in Thüringen — auch! Vor den Toren Heidelbergs erläßt die über 4000 Einwohner starke Gemeinde Nußloch — um nur diese eine zu nennen! — einen S.O.S.-Ruf an die Oeffentlichkeit. Jeder dritte erwachsene Einwohner ist dort ohne Verdienst. Freilich großenteils,weil man sich dort früher zu sehr auf ein ohnehin schädliches Gewerbe, die Zigarrenherstellung, festgelegt hatte, und nun mit dem Stillstand der eigenen Arbeit andere Gewerbe mit ins Elend riß! Wie wird man bei allen guten Absichten und nunmehr verstärkt durch den von Hitler geforderten Vierjahresplan die vielen stillstehenden Räder wieder in Gang bringen? Wobei Hitler, der Rauchgegner, eine Umstellung des Tabakgewerbes nicht weniger betreiben lassen möge als die Wiederankurbelung bisheriger Gewerbe schlechthin!

Erneut aber haben sich auch — und das ist nicht weniger schlimm — die Aussichten für unseren akademischen Nachwuchs verschlimmert. Der anhaltende Schulschwund macht mehr und mehr Erzieher überflüssig. Den Rechtsgelehrten werden die schlimmsten Aussichten für ihre spätere Verwendung schon jetzt bekannt gegeben und die Abiturienten, die man schon jetzt unterwegs zwischen Sexta und Prima reichlich zu „sieben" gedenkt, eindringlich vor diesem Studium gewarnt! Gerade von diesen und ähnlichen Schwierigkeiten spricht leider selbst der Vierjahresplan der gegenwärtigen Regierung kein trostbringendes Wort. Sind sie der neuen Regierung nicht wichtig genug? Oder zu groß, um hier überhaupt ein helfend Wort verlauten zu lassen? — Beides ist nicht zu denken und beides wäre nicht zu verantworten!

Als ob nicht die wirtschaftlichen und die geistigen Nöte aus einer einzigen Quelle flössen! Als ob man einen oder zwei Stände und ihre Nöte vor den Nöten der andern bevorzugen dürfte. Wie wohlgetan war es darum, erneut — diesmal in Heidelberg unter Führung von Professor D. Dibelius — wieder Studenten und Arbeiter miteinander zusammenzubringen, um den „Sinn der Arbeit" zu klären. Damit mag, wenn auch keine neue Arbeit, doch gegenseitiges Verstehen in der gemeinsamen Not der Arbeitslosigkeit ermöglicht werden. Gleicherweise wird demnächst ein durch das kirchliche Sozialamt durchgeführter Lehrgang über den Staat — von verschiedenster Seite her beleuchtet, aber auf evangelischer Linie sich bewegend — gewiß auch seinerseits die Luft zu entgiften helfen, um dann den Blick freizukriegen für das, was überhaupt in diesen Zeiten der Not neben den wirtschaftlichen Hilfen mit und ohne Vierjahresplan geschehen kann und möglich ist.

Daß es dabei nicht ohne die Kirche geht, ist eigentlich selbstverständlich und bedarf keiner besonderen Hervorhebung. Daß aber unsere Badische Landeskirche sich dieser Gegenwartsaufgabe und diesem Oeffentlichkeitsdienst nicht entzieht, vielleicht ebenso selbstverständlich, sei aber doch auch an dieser Stelle besonders hervorgehoben. Unsere Kirche ist ja zu klein und vor allem zu arm! Zu Beginn des Jahres bestanden bloß 477 Pfarrstellen (neben 18 Stellen für landeskirchl. Dienste). Nur 435 Pfarrstellen waren besetzt, andere wurden nachbarlich oder durch Pfarrer im Ruhestand versehen oder durch unständige Kräfte verwaltet. Es gibt deren zur Zeit 145, die so gut es eben geht, verwertet werden müssen. Daher ließ man nur 28 (gegen 44 im Jahre 1931) neu in den Kirchendienst eintreten. Dauert es doch lange genug, bis diese, wenn überhaupt alle, endgültig untergebracht werden können! Einer solchen kleinen und armen Kirche fehlen zu ihrem eigenen größten Bedauern die Mittel, tiefgehend einzugreifen und die Hand an die Wurzel der gemeinsamen sozialen Nöte zu legen. Solche Veranstaltungen oder die behördlichen Aufforderungen, den Handwerkern, besonders den Kleinhandwerkern nach Möglichkeit Arbeit zu verschaffen, sind daher auch schon anzuerkennen. Daß damit nur sehr wenig getan ist, weiß unsere Kirche schon von sich aus so gut wie jedermann.

Dabei hat unsere Kirche einen schweren Verlust erlitten. Der ihr schon von Vaters- und Großvaterszeiten her — beide waren Dekane und Kirchenräte — eng verbundene Geh. Rat Professor D. Johannes Bauer, der in allen Fakultäten geschätzte und geliebte Theologe und frühere Direktor des Heidelberger praktisch-theologischen Seminars, der Erzieher eines ganzen badischen Pfarrergeschlechtes, der Kenner der badischen Kirchengeschichte und christlichen Kunstgeschichte, wie kaum einer, der Mann der Kirche, der nach Ausspruch des Herrn Kirchenpräsidenten selber, vorbildlich war, der Kirchenälteste, der seine Einzelgemeinde nicht weniger treu durch Wort und Tat diente als der Mann der Landessynode und der Kirchenregierung der Gesamtkirche und der Theologe dem Protestantismus schlechthin gedient hat: dieser Johannes Bauer ist nicht mehr. Er ist am 10. Januar heimgerufen worden und ward am 13. unter ungemein großer Beteiligung beigesetzt. Sein Werk lebt weiter!

Ein anderer Tag darf hier auch festgehalten werden. Am 18. Januar wurde unser Herr Prälat Kühlewein 60 Jahre alt. Die Blätter brachten sein Bild und eine Würdigung seiner kirchlichen Dienste. Auch sie gehörten und gehören seinen früheren Ortsgemeinden, vor allem Karlsruhe und Freiburg, wie der Landesgemeinde, deren Prälat er seit 1924 ist. Mehr ein Mann der Stille, wirkt er gerade daraus um so stärker. Von seinem letzten Hirtenbrief war kürzlich die Rede. Was D. Bauer mit seinem ersten Entwurf eines badischen Kirchenbuches schon 1914 begonnen, durfte D. Kühlewein, darauf aufbauend, 1930 vollenden. Sein Werk ist auch das neue Perikopenbuch, auf Grund dessen heute in Baden gepredigt wird. Und vieles wäre daneben noch weiter zu nennen, was hier nicht wiedergegeben werden kann und auch nicht wiedergegeben zu werden braucht. Es steht vieles hiervon unter dem Worte, so im Evangelium nach Matthäus zu lesen steht, vom Vater, der ins Verborgene sieht und es öffentlich vergelten will! G.

„Moralische Reparationen".

In Nr. 23 des „Aufwärts" lese ich die Ausführungen von Johannes Neumann unter dem Titel: „Eine notwendige Wiedergutmachung". Diese Frage ist notwendiger denn je. Wir haben unsere „Reparationen" nach einem in mittelalterlicher Auffassung verlorenem Kriege bezahlt, reichlich bezahlt; aber von unserer Gegenrechnung, die nun endlich auch die Wiederherstellung unserer deutschen Ehre verlangt, ist keine Rede.

Herr v. Papen kündigte zwar bei seinem Regierungsantritt an, daß er die „Diskriminierung" Deutschlands mit Nachdruck betreiben wolle; er hat auch nicht den kleinsten Anlauf dazu unternommen. Von den früheren deutschen Regierungen der Nachkriegszeit erwartete man ja bei ihrer notorischen Rückgratlosigkeit überhaupt keine derartigen Schritte. Aber wir haben jetzt wieder eine Regierung, die ihren nationalen Standpunkt aufs schärfste betont. Da wäre es eine nationale Tat, wenn sie gelegentlich der angekündigten Ueberreichung der Fahne des dritten Garderegiments durch die Franzosen einmal energisch auf die moralischen Reparationen, die man uns noch schuldet, hinweist, und darüber hinaus, ebenso nachdrücklich diese Forderung an Frankreich auch durchsetzt. Es liegt in den Reichsarchiven erdrückendes Material genug, schwerste Waffen für einen Kampf auf diesem Gebiete.

Seit 1920 sind Jahr für Jahr, seit 1929 Monat für Monat fast die grauenhaftesten Erlebnisse unserer Zivil- und Kriegsgefangenen in Frankreich veröffentlicht worden — sie wurden gesammelt und in den Archiven versenkt, wo sie verstauben mögen. Wie würde sie der Franzose ausgenützt haben! Es gibt kaum ein Kriegerdenkmal in Frankreich, Belgien und anderswo, wo nicht der deutsche Soldat als Kinderschlächter und Brandstifter dargestellt ist; jeder Erinnerungstag an den großen Krieg wird genutzt, um den französischen Volksgenossen mahnend immer wieder das „Souvenez vous!" ins Gedächtnis zu rufen. Und im Schandvertrag steht es schwarz auf weiß, was das Schlimmste ist, weil damit unsere Ehrlosigkeit vor der Welt festgenagelt und unsere spätere Sklaverei sanktioniert wurde.

Im Versailler Vertrag findet sich auch die unerhörte Beschuldigung Clemenceaus: „Die Deutschen sind es gewesen, die sich eine Behandlung der Kriegsgefangenen zuschulden kommen haben lassen, vor der Völker unterster Kulturstufen zurückgeschreckt wären!" Beweise dafür hat man uns nie erbracht. Und wo herrschte diese tiefste Barbarei in Wirklichkeit? In Frankreich und nur dort! In England, in Amerika, in Japan, in Italien hat man unsere deutschen Kriegsgefangenen gut, mindestens leidlich behandelt, nur in Rußland brachten es vertierte Lagerkommandanten fertig, Zehntausende von deutschen Gefangenen hilflos dahinsiechen zu lassen, ohne auch nur den kleinsten Finger zur Abänderung der unmenschlichen Zustände in ihrem Lager zu rühren. Aber Frankreich hat die Russen noch darin übertroffen, da dort bewußt Martern ersonnen wurden,

---

Männer-Schulungswochen.

(Schluß.)

Dabei soll die Bemerkung nicht unterlassen werden, daß wir uns in dieser Beziehung glücklicherweise in einer Aufwärtsbewegung befinden. Wer am kirchlichen Leben der Nachkriegszeit teilgenommen hat, wird wohl allerwärts die Beobachtung haben machen können, wie die Zahl der männlichen Besucher unserer Gottesdienste fast von Jahr zu Jahr ansteigt. Diese Erscheinung steht ja fraglos auch mit der Entwicklung des allgemeinen geistigen Lebens im Zusammenhange. Die Überwindung des Individualismus beginnt sich nach und nach auch in unserem kirchlichen Leben geltend zu machen.

Trotzdem darf die Kirche die Dinge nicht einfach gehen lassen. Im Gegenteil, gerade jetzt ist es an der Zeit, sich ihrer mit aller Tatkraft anzunehmen. Wenn die Anzeichen nicht trügen, bahnt sich trotz vielen Abfalls in unserem Volke doch eine Gottesstunde an. In solchen Zeiten gilt es für die Gemeinde, wachsam zu sein. Ein allem Anschein nach sehr gangbarer Weg sind die Männer-Schulungswochen. Zu diesen Wochen werden immer 20 bis höchstens 25 Männer zusammengerufen. Namhaft und zur Teilnahme an der Woche freudig gemacht werden sie von den Gemeindepfarrern. Als Grundsatz gilt es dabei, Männer der verschiedensten Überzeugungen, weltanschaulichen und politischen Richtungen zusammenzubringen. Insbesondere wird darauf Wert gelegt, daß auch Vertreter der linksradikalen Richtungen, der Sozialisten und Kommunisten, an einer solchen Veranstaltung teilnehmen, wenn es auch nicht geraten sein dürfte, ihnen die Mehrheit zu geben. Durch ihre Beteiligung kommen die Aussprachen in einen lebhaften Fluß, und die grundsätzlichen Fragen werden aufgerollt. Die Leitung der Woche liegt in der Hand eines Pfarrers. Zu seiner Unterstützung und zur Mitarbeit wird in der Regel ein zweiter Pfarrer herangezogen. Beide teilen sich in die vortragsmäßigen Darbietungen. — Überaus bedeutungsvoll und wichtig ist es, daß die Teilnehmer die ganze Woche über nicht nur eine Arbeits-, sondern auch eine Lebensgemeinschaft bilden. Wo keine Gelegenheit und Möglichkeit ist, sie alle in einem Quartiere unterzubringen, da sollten auf alle Fälle wenigstens die Mahlzeiten gemeinsam eingenommen werden. Gerade die Teilnahme an gemeinsamer Mahlzeit schafft mehr als vieles andere ein gemeinsames Band. Das Essen und besonders das gemeinsame Essen hat ja überhaupt geheimnisvolle Wirkungen. — So leben die zur Schulungswoche zusammengerufenen Männer in ihrer Schulungswoche ein gemeinsames Leben. Vertreter der verschiedenen Richtungen, die sich bisher vielleicht immer nur aus einer gewissen Ferne und durch die Parteibrille gesehen haben, lernen sich als Menschen kennen. Manches Vorurteil, mit dem man einander betrachtet hat, fällt schon auf diese Weise im Laufe der Woche hin. Man erlebt es, daß der politische oder weltanschauliche Gegner ja doch nicht der Mensch mit dem grundsätzlich bösen Wollen ist, als den ihn die Parteidoktrin hingestellt hat. Man sieht es, daß auch auf der anderen Seite ehrlich um die Probleme gerungen wird. Insbesondere gilt das eben Gesagte im Blick auf die Pfarrer als Vertreter der Kirche: diese Leute sind ja doch nicht die beschränkten und wirklichkeitsfremden Menschen, als die man sie uns hingestellt hat. Sie wollen ja durchaus nicht das sein, als was man sie uns gezeigt hat: Stützen eines ausbeuterischen Systems! Die „Kirche" kennt ja also doch unsere Nöte, empfindet mit uns und sucht mit uns nach Lösungen! — Und schließlich, die Dinge liegen ja doch nicht so einfach, wie man es uns gesagt hat: das sind Einsichten, die im Laufe der Woche im Zusammenleben und Zusammenarbeiten wohl allen sich aufdrängen. — Die Themen, die in der Schulungswoche besprochen werden, müssen so gewählt werden, daß sie des Interesses der Teilnehmer gewiß sein können. Von besonderer Bedeutung dürfte das Thema des ersten Tages sein. Nach den bisher gemachten Erfahrungen scheint es empfehlenswert, am ersten Tage ein Thema zu behandeln, das auf die Lage der Teilnehmer aus der Arbeiterschaft eingeht, also etwa, wie es in einzelnen Fällen geschehen ist, über „Arbeitslosennot und Kirche" oder über die Frage „Wie entstand der Riß zwischen Arbeiterschaft und Kirche?" zu sprechen. Bei einem derartigen Thema wird zunächst einmal gezeigt, daß man auf der Seite der Kirche Verständnis für die Lage des Arbeiters hat. Sodann wird gerade mit einem derartigen Thema den Teilnehmern Gelegenheit gegeben, mit allem, was sich an Verbitterung und Groll in dem Herzen festgesetzt hat, herauszukommen. Daß das geschieht, ist aber von großer Wichtigkeit. Und der Leiter der Veranstaltung bedarf dabei vieler Geduld und eines feinen Taktes. Er und sein theologischer Mitarbeiter müssen bereit sein, alles, auch das zu Unrecht Vorgebrachte und der Kirche zur Last Gelegte, zunächst einmal in verstehender Liebe anzuhören. Nur so kann das Vertrauen der Teilnehmer gewonnen und in ihnen der Mut zur freimütigen, offenen Aussprache erzeugt werden. — Die Themen der übrigen Tage behandeln verschiedene zeitgemäße Fragen: Die Bibelfrage, Kirchenfrage, Christusfrage und andere. Auf einen zielbewußten Aufbau der Themen, die vom mehr Äußeren bis hin zum Zentralsten führen, wird Bedacht genommen. — Regel ist es, daß jeder Tag unter ein Thema gestellt wird. Nach dem Vortrage wird zunächst eine gemeinsame Durchsprechung des Dargebotenen unter Leitung des Vortragenden vorgenommen. Wenn damit der Vormittag ausgefüllt ist, so findet am Nachmittage zunächst eine Besprechung des Stoffes in einzelnen Gruppen statt. Bei dieser Gruppenbesprechung sind die Teilnehmer ganz unter sich, die Theologen halten sich fern. Diese Einrichtung will die Möglichkeit geben, daß jeder der Teilnehmer zu Worte kommt, und daß jeder ohne jede vielleicht vorhandene Scheu in Abwesenheit der Pfarrer rückhaltslos seine Meinung äußert. In der darauf folgenden zweiten gemeinsamen Aussprache suchen zunächst die von den einzelnen Gruppen gewählten Obmänner die Resultate der einzelnen Gruppenaussprachen zusammenzufassen. Diese Berichte zeigen, worauf das Hauptinteresse der Teilnehmer geruht hat. Sie lassen auch schon erkennen, wie das Dargebotene aufgenommen, wo etwas mißverstanden wurde und der Zurechtsetzung bedarf, oder sie bringen wohl auch direkte Fragen an den Redner des Tages vor.

Die Aussprachen werden, sobald sie überhaupt in Gang gekommen sind, immer ein ernstes, ehrliches Ringen um die

um uns, wie ein Lagerkommandant uns höhnisch offen sagte „langsam zu Tode zu bringen". Sonst würde man uns nichts tun.

Die deutschen Männer, die in Dahomey mit Nilpferdpeitsche und Daumenschraube gepeinigt wurden, die man ohne jede Ausrüstung fünf-, siebenhundert Kilometer weit in die Wüste trieb, die in Nordafrika unterm „Tombeau" oder im „Silo" geschmachtet haben und hilflos an der Malaria zugrunde gegangen sind, die bei Saloniki in Dreck und Jammer umkamen, in Rumänien, wo die Läger ebenfalls unter französischem Befehle standen, geradezu auf bestialische Weise zu Tode gemartert sind (aus dem Lager Sipote kamen von 4000 Gefangenen nur hundert Skelette wieder!); die Aermsten, die in Cayenne und auf Corsika litten und starben, die in den vielen Lägern des Festlandes in Dreck, Hunger und Seuchen ihr Leben für Deutschland lassen mußten, geschunden und gemartert bis zum Tode, wie die andern alle, die zwar zur Heimat zurückkehrten, aber mit siechem Körper und voll Bitterkeit das Herz, sie alle haben es erfahren, wie die vielgepriesene französische Ritterlichkeit wirklich aussieht. Und die Frauen, Kinder und Greise unter unseren Landsleuten, die als Zivilgefangene in Frankreich litten — wie sagte doch selbst ein Franzose, Gustave Hervé, damals: „Nie wird man die Zahl der armen Kinder kennenlernen, die infolge des Jammers und der Verwahrlosung in den französischen Evakuationslägern umgekommen sind!"

Aber es steht im Vertrag, und „es muß wohl schon etwas Wahres daran sein" meinen deutsche Landsleute genug. Je weiter sie politisch links stehen, umso selbstverständlicher ist ihnen diese Ansicht. Und unsere Demokraten, einschließlich Liberalen wiegen weise das Haupt und sind ihrerseits der Ansicht, daß im Kriege hüben wie drüben gesündigt worden sei. Der Franzose hat es eben immer verstanden, die ganze Welt einschließlich eines großen Teiles der Deutschen in dem Glauben zu halten, daß er der ritterlichste und humanste Mensch der Erde sei. So wird die „edle Geste" der Fahnenüberreichung wieder mit geschickter Regie in die Welt hinausposaunt. Man hat vielleicht doch festgestellt, daß das Aushängeschild der Ritterlichkeit inzwischen reichlich schäbig geworden und seine blecherne Natur zur Vorschein gekommen ist; da ist eine Neuauffrischung nötig.

Man soll uns unsere Ehre wiedergeben, das müssen wir immer wieder fordern. Heraus mit den Behauptungen von unserer „Barbarei" aus dem Versailler Vertrag und wir werden sehen, was ihn überhaupt noch weiter rechtfertigen wird! Prisonnier Halm.

Frankreich sabotiert die Abrüstung

Paul Boncours Vorstoß. — Herriots neue Deutschenhetze. — Nadolny warnt.

Genf, 10. Februar.

Trotzdem die mehrtägige Aussprache im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz ergeben hat, daß der französische Abrüstungs- und Sicherheitsplan als Grundlage für die Lösung der Abrüstungsfrage von den Konferenzmitgliedern nahezu übereinstimmend abgelehnt wird, scheint Frankreich seine Sache noch nicht verloren zu geben.

Das franzosenfreundliche Genfer Blatt „Journal des Nations" bringt eine offenbar aus leitenden französischen Kreisen stammende Mitteilung, die französische Regierung werde die Abrüstungskonferenz jetzt vor die Entscheidung stellen, entweder im Falle der Ablehnung neuer Sicherheitsgarantien ein Abkommen lediglich über den Stillstand der Rüstungen unter vollständiger Aufrechterhaltung des Teiles V des Versailler Vertrages (Entwaffnungsbestimmungen für Deutschland) abzuschließen oder eine Herabsetzung der Rüstungen bei gleichzeitiger Organisation der europäischen Sicherheit und Abschluß von Abkommen über die gegenseitige Sicherung und Hilfe vorzunehmen. Die französische Regierung werde eine baldige eindeutige Entscheidung der Konferenz fordern.

Neuerdings ist auch wieder von einer neuen Fünferkonferenz die Rede, die angeblich in der nächsten Woche zusammentreten soll, um die Schwierigkeiten auf der Abrüstungskonferenz durch eine persönliche Aussprache der führenden Regierungspersönlichkeiten der fünf Großmächte aus dem Wege zu räumen. Namentlich die englische Regierung macht große Anstrengungen,

die Wiederaufnahme der Fünferkonferenz

zu sichern. Die Ankunft des Vertreters der britischen Botschaft in Paris, Wigram, in Genf gibt der Londoner Presse Veranlassung zu Mutmaßungen über das Bevorstehen eines energischen britischen Schrittes zur Förderung der stockenden Arbeit der Abrüstungskonferenz. Wigram, dem hohes Verdienst am Zustandekommen des Lausanner Vertrages im Juli v. J. zugeschrieben worden ist, gilt als eine Art Quartiermacher des Premierministers.

Es wird von der Möglichkeit gesprochen, daß MacDonald persönlich nach Genf kommen werde. Das Eintreffen des englischen Außenministers Sir John Simon wird Ende dieser Woche in Genf erwartet. Nach französischen Mitteilungen soll auch Ministerpräsident Daladier beabsichtigen, in der nächsten Woche nach Genf zu kommen.

Herriot schlägt Alarm

Phantasien über angebliche deutsche Geheimverträge mit Italien und Ungarn.

Paris, 10. Februar.

Im Auswärtigen Ausschuß der Pariser Kammer fand im Anschluß an die Wahl des ehemaligen Ministerpräsidenten Herriot zum Vorsitzenden des Ausschusses eine allgemeine Aussprache über die außenpolitische Lage statt, in deren Mittelpunkt Deutschland stand.

Der rechtsgerichtete baskische Abgeordnete Ybarnegaray behauptete mit einer Gewißheit, als wenn er dabei gewesen wäre, daß zwischen Deutschland, Italien und Ungarn am 7. August v. J. ein geheimer Vertrag für ein Defensiv- und Offensivbündnis unterzeichnet worden sei, Italien würde dabei Deutschland helfen, sich des Danziger Korridors zu bemächtigen und eine neue Teilung Polens vorzunehmen. Deutschland würde Italien dabei unterstützen, Jugoslawien zur Raison zu bringen und sich Dalmatiens zu bemächtigen.

Herriot sei damals Ministerpräsident und Außenminister gewesen und er sei also sicher über diese Angelegenheit unterrichtet. Der Abgeordnete erklärte ergänzend, daß der Reichskanzler Frankreich und den übrigen Großmächten demnächst ein Bündnis gegen den Kommunismus anbieten werde.

Französisch-russische Annäherung?

Der Vorsitzende Herriot soll darauf erwidert haben, daß er die Existenz eines derartigen Vertrages „vermute", daß er aber das Außenministerium verlassen habe, ohne den Beweis dafür zu erhalten, daß die Unterschriften ausgetauscht worden seien.

Im übrigen bezeichnete der ehemalige Ministerpräsident die gegenwärtige außenpolitische Lage als äußerst ernst, meinte aber, daß der Erfolg Hitlers in Deutschland nicht ganz ohne Gewinn für Frankreich sein werde, denn er werde Rußland sicher dazu bestimmen, einen Annäherungsversuch an Frankreich zu unternehmen.

In diesem Zusammenhang kündigte Herriot an, daß in der nächsten Zeit in Moskau an der französischen und in Paris an der russischen Botschaft wieder Militärattachés ernannt werden sollen.

*

An zuständiger deutscher Stelle wird zu den Behauptungen über ein deutsch-italienisch-ungarisches Geheimbündnis erklärt, daß hiervon nichts bekannt sei. Eine ähnliche Behauptung ist übrigens schon vor einigen Wochen aufgestellt und schon damals dementiert worden.

Vorstoß Paul-Boncours

Der französische Außenminister lehnt die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung ab.

Genf, 10. Februar.

Die Lage auf der Abrüstungskonferenz hat sich neuerdings wieder auf das schärfste zugespitzt. Als das Präsidium am Donnerstag über die Festsetzung des Arbeitsprogramms verhandelte, entwickelte sich eine sehr bewegte Debatte, in der die Gegensätze in der Abrüstungsfrage mit aller Schärfe aufeinanderprallten. Während der deutsche Botschafter Nadolny in aller Form feststellte, daß die Gleichberechtigungsfrage durch die Abmachungen der Fünfmächtekonferenz vom 11. Dezember 1932 grundsätzlich und endgültig geregelt sei und die deutsche Abordnung sich deshalb unter keinen Umständen auf eine Diskussion über diese Frage einlassen könne, stellte der französische Außenminister Paul-Boncour die kühne Behauptung auf, daß das Abkommen vom 11. 12. lediglich eine „Vereinbarung zwischen gewissen Mächten darstelle und für die Konferenz nicht bindend" sei. Zu gegebener Zeit werde die französische Regierung aber darauf hinweisen, daß auch nach den Dezembervereinbarungen Gleichberechtigung nur in einem System allgemeiner Sicherheit bestehen könne.

Zu Beginn der Sitzung empfahl der britische Vertreter, Unterstaatssekretär Eden, den englischen Programmentwurf, der aus einem sicherheitspolitischen und einem militärtechnischen Teil besteht. Eden erklärte, die englische Regierung sei fest entschlossen, die Abrüstungskonferenz jetzt in das entscheidende Stadium zu bringen.

Nadolny warnt

Im Anschluß daran gab der deutsche Vertreter, Botschafter Nadolny, eine formulierte Erklärung ab, in der er sich mit der Grundtendenz des englischen Planes einverstanden erklärte, für die einzelnen Vorschläge im abrüstungstechnischen Teil jedoch Abänderungsanträge der deutschen Delegation ankündigte. Botschafter Nadolny stellte sodann die Forderung auf, daß durch Abstimmung über die einzelnen militärtechnischen Teile zunächst

eine klare Entscheidung

darüber herbeigeführt werde, bis zu welcher Grenze die Konferenz in der Herabsetzung der Rüstungen heruntergehen wolle. Er erklärte mit Nachdruck, die deutsche Delegation werde sich mit größter Entschiedenheit allen Versuchen, die Konferenz mit ungenügenden Ergebnissen abzuschließen, widersetzen.

Sodann stellte er fest, daß die deutsche Delegation sich auf eine Diskussion der Gleichberechtigungsfrage, die durch die Abmachung vom 11. Dezember 1932 grundsätzlich geregelt worden sei, nicht einlassen werde. Die deutsche Delegation bestehe darauf, daß nur der 2. Teil des britischen Programms behandelt werde.

Starken Eindruck in den Erklärungen des deutschen Vertreters machte sein Hinweis auf gewisse Stimmen in der Oeffentlichkeit, die empfehlen, ohne wirkliche Rüstungsherabsetzung so schnell wie möglich die Konferenz mit einer Konvention zu beenden, die die Welt über den Mißerfolg hinwegtäuschen sollen. Nadolny erklärte hierzu:

„Ich warne vor einem solchen Vorgehen, und weise darauf hin, daß es unausbleibliche Rückwirkungen haben würde."

Der französische Außenminister Paul-Boncour machte verschiedene Vorbehalte. Zu den Ausführungen des deutschen Vertreters für die Gleichberechtigung erklärte er: Ueber die Tragweite der Fünfmächtevereinbarungen seien durchaus verschiedene Auffassungen vorhanden. Die Erklärung binde die Konferenz nicht und sei lediglich eine Vereinbarung zwischen einigen wenigen Mächten. Die Gleichberechtigungsfrage könne nur in unlösbarem Zusammenhang mit der Organisation der europäischen Sicherheit behandelt werden.

Eine neue Erklärung Nadolnys

Die Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz mußte auf Wunsch des Generalsekretärs vorzeitig abgebrochen werden. Infolgedessen kam der deutsche Botschafter Nadolny, der die Absicht hatte, auf die Ausführungen Paul-Boncours sofort zu erwidern, nicht mehr zu Wort. Botschafter Nadolny wird am heutigen Freitag auf die Erklärungen Paul-Boncours zur Gleichberechtigungsfrage antworten.

Der deutsche Vertreter wird nochmals mit aller Entschiedenheit betonen, daß Deutschland auf Grund der Erklärung der Großmächte vom 11. Dezember zur Abrüstungskonferenz zurückgekehrt ist und daß es jene Erklärung für die Grundlage für die praktische Durchführung der Gleichberechtigung auf der Konferenz machen wird.

Für friedliche Streitschlichtung

Deutschland für weitere fünf Jahre der Haager Fakultativklausel beigetreten.

Genf, 10. Februar.

Der Leiter der deutschen Völkerbundsdelegation, Gesandter von Keller, hat namens der Reichsregierung im Sekretariat des Völkerbundes eine Erklärung unterzeichnet, wodurch Deutschland für weitere fünf Jahre der sogenannten Fakultativklausel zum Artikel 36 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag beitritt.

Deutschland erkennt dadurch weiterhin für Rechtsstreitigkeiten die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofes ohne besondere Abkommen gegenüber den Staaten, die die gleiche Verpflichtung übernehmen, als verbindlich an. Dies bedeutet die Bereitschaft zu friedlicher Streitschlichtung auch gegenüber solchen Staaten, mit denen Deutschland durch keine besonderen Schiedsgerichts- oder Vergleichsverträge verbunden ist. Die von Deutschland erstmalig im Jahre 1927 abgegebene Erklärung läuft am 28. Februar 1933 ab; ihre Erneuerung gilt dementsprechend ab 1. März 1933.

Japan soll Farbe bekennen

Genf, 10. Februar.

Der Neunzehner-Ausschuß der Völkerbundsversammlung hat beschlossen, vor einer Stellungnahme zu den letzten japanischen Gegenvorschlägen zur Regelung des Fernostkonflikts neue Rückfragen an die japanische Abordnung zu richten. Insbesondere soll die japanische Delegation klipp und klar erklären, ob sie die chinesische Souveränität über die Mandschurei anerkenne oder nicht. Ferner soll weiter geklärt werden, ob Japan bereit ist, die Feindseligkeiten einzustellen und die Truppen zurückzuziehen. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß dies die Voraussetzung für die Schlichtung des Konflikts sei.

*

Japan greift an.

Neue japanische Offensive in Dschehol.

— Schanghai, 9. Februar. Die chinesische Presse berichtet, daß am Donnerstag 11 Uhr die japanischen Truppen eine neue Offensive in der Provinz Dschehol eingeleitet haben. Die erste Kolonne von 2000 japanischen Kavalleristen stieß bei Suitung vor. Die zweite Kolonne von 4500 Mann, die von schwerer Artillerie unterstützt wird, geht in Richtung nach Kailu, die dritte in Stärke von 5000 Mann, die ebenfalls durch schwere Artillerie und Tankgeschwader unterstützt wird, rückt in Richtung Tjanschan vor.

Kirchenwahlen in Ostdeutschland

Berlin, 10. Februar.

Wie der evangelische Pressedienst erfährt, werden die Neuwahlen zu den Kreissynoden im Gebiet der evangelischen Kirche der altpreußischen Union in den östlichen Provinzen im Monat März stattfinden. Als Wahltage für die verfassungsmäßige Neuwahl der Provinzialsynoden in den östlichen Provinzen dagegen hat der evangelische Oberkirchenrat den 20., 21. und 22. Mai bestimmt. Träger des Wahlrechts sind bekanntlich in beiden Fällen die im November vergangenen Jahres neu gewählten kirchlichen Gemeindevertreter.

Wahrheit darstellen. Und wenn die Gegensätze dabei auch oft sehr schroff aufeinanderstoßen mögen, im Laufe der Schulungswoche bildet sich nach den vorliegenden Berichten wohl immer das Bewußtsein einer inneren Verbundenheit unter den Teilnehmern heraus und in den meisten der Wille zur verantwortungsbewußten Mitarbeit in der Gemeinde. Oft wird es wohl so sein, daß, wie in einem dem Berichterstatter vorschwebenden Falle, aus der Mitte des Kreises der Wunsch laut wird, die in der Schulungswoche gewonnene Gemeinschaft weiter zu pflegen. —

Was durch Aussprachen über Fragen des Glaubens und der Weltanschauung überhaupt zu erreichen ist und was die Voraussetzung dafür bildet, wenn etwas Wesentliches erreicht werden soll, darüber bedürfte es einer besonderen Besinnung. Auf alle Fälle dürfte in den „Schulungswochen" ein Weg beschritten sein, der manche Hilfe bringen kann in der inneren Not unserer Kirche und Zeit. Das Problem der inneren Mobilmachung der Männerwelt muß von verschiedenen Seiten her in Angriff genommen, und es darf kein Weg, der gangbar ist, unversucht gelassen werden. Die Zeit aber drängt, und wo überhaupt die Möglichkeit der Einrichtung von Männer-Schulungswochen gegeben ist, da sollte man, ohne Zeit zu verlieren, ans Werk gehen. Die geldlichen Mittel, die dazu erforderlich sind, sind auch heute noch aufzubringen. Die erforderlichen Räumlichkeiten sind von den Kirchengemeinden oder den Anstalten der Inneren Mission herzugeben. Die Eroberung der Männerwelt muß das Ziel der Kirche sein. Ohne Segen wird auch diese Arbeit, wo sie in reiner Hingebung an die Sache des Königs getan wird, in keinem Falle sein. — Rafol.

Hinweis.

Eine Fünftel-Milliarde = 200 Millionen Reichsmark in 8 Jahren in einer Zeit stärkster Wirtschaftskrisen! Wenn es noch eines Beweises der Leistungsfähigkeit der größten deutschen Bausparkasse, der **Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot in Ludwigsburg** bedurfte, so ist er damit erbracht: die GdF finanzierte bis heute 13 666 Bausparer-Eigenheime mit 200 Millionen Reichsmark, und zwar ganz aus eigenen Mitteln ohne jede fremde Hilfe.

Staatsgelder für Parteizwecke

Eine Erklärung der Reichskommissare für Preußen.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

Am 5. Februar hat das Kabinett Braun in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, in der die im Preußischen Landtag am 4. Februar 1933 von einem Abgeordneten aufgestellte Behauptung, das Kabinett Braun habe Staatsmittel für Parteizwecke zur Verfügung gestellt, als objektiv unrichtig bezeichnet wird. Die Kommissare des Reiches müssen demgegenüber feststellen, daß die Mittel, die bis zum Betrage von 2 Millionen Mark durch einstimmigen Beschluß des Kabinetts Braun vom 6. 4. 1932 durch Ueberschreitung des Haushaltsfonds „Bekämpfung des Verbrechertums" gewonnen werden sollten, nach den amtlichen Unterlagen nicht der Zweckbestimmung des Fonds entsprechend, sondern fast ausschließlich für andere Zwecke, offenbar Wahlpropaganda der damaligen Koalitionsparteien bei der Landtagswahl 1932, verwendet worden sind. Im übrigen wird über die Angelegenheit mit Beschleunigung ein Gutachten der Oberrechnungskammer erbeten werden. Die Kommissare des Reiches behalten sich weitere Schritte vor, sobald dieses Gutachten erstattet ist.

Gegenerklärung Brauns

Auf die Veröffentlichung des Reichskommissars für Preußen, die Regierung Braun habe 2 Millionen als Wahlgelder verwendet, obwohl sie „zur Bekämpfung des Verbrechertums" im Etat bestimmt gewesen seien, erwidert das Kabinett Braun. Die Mittel dieses Fonds seien tatsächlich zur Bekämpfung von Hochverrat, Sprengstoffattentaten, Gewalttaten, Terror und Staatsverleumdung ausgegeben worden, übrigens nur zu einem Bruchteil der Gesamtsumme. Dabei habe die preußische Regierung im Einvernehmen mit der Reichsregierung, zum Teil auf ihre Veranlassung, zum Schutze des Staates und der Verfassung gehandelt.

Ein deutscher Offizier, Hauptmann Zogger, der ein bolivianisches Bataillon befehligte, ist in den Chacokämpfen gefallen.

Wahlblock der Mitte

Listenmäßiges Zusammengehen bei Reichs- und Landtagswahl.

Berlin, 10. Februar.

Das technische Wahlbündnis zwischen der Deutschen Volkspartei, dem Christlich-Sozialen Volksdienst und der Deutschen Bauernpartei ist nunmehr abgeschlossen worden. Die drei Parteien werden durch listenmäßiges Zusammengehen in den bevorstehenden Wahlkämpfen alle für sie abgegebenen Stimmen zur Verwertung bringen.

Die Pressestelle der Deutschen Volkspartei teilt über den Wahlzusammenschluß der Mittelparteien u. a. folgende Einzelheiten mit:

„Nachdem sich die Bildung eines christlich-nationalen Blocks auf breiter Grundlage durch die ablehnende Entscheidung der Deutschnationalen Volkspartei als unmöglich erwiesen hat, haben Deutsche Volkspartei, Christlich-Sozialer Volksdienst und Deutsche Bauernpartei das von ihren Parteileitungen vorbereitete technische Wahlabkommen in Kraft gesetzt, das dazu dienen soll, alle Möglichkeiten des Wahlgesetzes zugunsten der Sicherung aller für diese Parteien abgegebenen Stimmen auszuschöpfen.

Die drei genannten Parteien stellen zu diesem Zweck einen gemeinsamen Reichswahlvorschlag auf, an den alle einzelnen selbständigen Kreiswahlvorschläge dieser Parteien angeschlossen werden. Die Deutsch-Hannoveraner sind wiederum dem Christlich-Sozialen Volksdienst angeschlossen, und es ist weiter zu erwarten, daß sich auch das Deutsche Landvolk wiederum mit der Deutschen Bauernpartei vereinigt. In dem Abkommen wird ausdrücklich festgestellt, daß die politische Selbständigkeit der vertragschließenden Parteien nicht berührt wird.

Ein gleiches Abkommen ist für die preußischen Landtagswahlen zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Christlich-Sozialen Volksdienst geschlossen worden."

Staatspartei und SPD.

Zu der technischen Listenverbindung zwischen Deutscher Staatspartei und Sozialdemokratischer Partei wird ergänzend bekannt, daß die Deutsche Staatspartei soviel Sitze auf der Reichs- bzw. Landesliste der Sozialdemokratischen Partei zugestanden bekomme, daß alle in den einzelnen Wahlkreisen für sie abgegebenen Stimmen zugunsten der Staatspartei verwendet werden.

Als staatsparteiliche Kandidaten für den Reichstag werden auf aussichtsreichen Plätzen der frühere Reichsfinanzminister Dietrich, sowie die früheren Abgeordneten Lemmer und Heuß erscheinen, für den Preußischen Landtag der Staatsminister Schreiber und der bisherige Landtagsabgeordnete Ruschke.

Sozialistische Einheitsfront gescheitert.

Die Bemühungen, die auf eine einheitliche politische Frontbildung der Kommunisten und Sozialdemokraten abzielten, dürften als gescheitert anzusehen sein. Die „Rote Fahne" beantwortet die Erklärung der Berliner SPD., daß die Kommunisten niemals ein Angebot zu einer gemeinsamen Kampffront gemacht hätten, mit einer Erklärung, in der den Führern der SPD. vorgeworfen wird, sie wollten einen „Nichtangriffspakt" gegen die „faschistische Diktatur" abschließen.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld. **Bielefelder Kampfspielwoche 1933.** — Der Vorstand der hiesigen Ortsgruppe des DRA. ladet alle angeschlossenen Verbände und Vereine zu einer Besprechung über die Veranstaltungen der Bielefelder Kampfspielwoche 1933 auf Freitag, 10. Febr., abends 20,30 Uhr nach Steins Bierhallen ein.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde zu Bethel.
Sonntag, den 12. Februar 1933 (Septuagesimä).

Vorm. 8½ Uhr: Pastor Bischer; 9 Uhr: Pastor Merz, anschließend Beichte und Abendmahl; 10 Uhr: Pastor v. Bodelschwingh.
Montag 20¼ Uhr: Gosen, Gemeindebibelstunde.
Donnerstag, 19½ Uhr: Pastor Jasper.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Heimgange meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen, insbesondere Herrn Pastor Wilmanns für seine trostreichen Worte unseren innigsten Dank

Frau Wwe. Luise Lippold und Kinder.

Der moderne Strumpf
Die elegante Wäsche
von
Bielefeld **Kempe** Obernstr.

Vier Festgrüße für unsere Konfirmanden

möchten die vier Büchlein sein, die wir hier anzeigen. Drei sind schon bekannt, neu ist das vierte.

„Ausblicke" Ein Gruß für unsere Konfirmanden. Dies Büchlein ist 16 Seiten stark, von Frau Professor Meta Voigt-Claudius illustriert und kostet nur 10 Pfg. Mädchen und Buben werden gewiß Freude an der kleinen Gabe haben.

„Unverzagt und ohne Grauen" ist für Knaben gedacht. Es ist 40 Seiten stark, schön illustriert und kostet nur 20 Pfg. — Ebenso groß ist das andere Büchlein

„Unter Gottes Augen", das für Mädchen bestimmt ist. Auch dieses kostet nur 20 Pfg.

„Schau um Dich!" 40 Seiten stark, mit vielen guten Bildern, Preis 25 Pfg. Auch dies Büchlein möchte der heranwachsenden Jugend dienen. Wunder um uns möchte es weisen und die Augen öffnen für die Herrlichkeiten, die Gott der Herr uns, seinen Menschenkindern, bereitet hat.

Freundliche Bestellungen erbittet

Schriftenniederlage der Anstalt Bethel Postscheckkonto Hannover 49657

Die richtige Wahl:
eine
ZentRa Uhr
von
ERNST MÜNCH
Uhrmachermeister und Optiker
BRACKWEDE
Hauptstraße 81 Ruf 2426
Geschmackvolle Muster zu niedrigsten Preisen in groß. Auswahl vorrätig

31.50 RM monatlich
kostet Sie dieses hübsche Eigenheim mit 4 Zimmer, Küche, Bad und Kammer nach Zuteilung. Baukosten RM 6000.—



Oder wünschen Sie ein größeres Haus? Schon 13666 Eigenheime hat die größte deutsche Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot in Ludwigsburg mit über 200 Millionen RM in D. u. Ö finanziert. Prospekt 58 kostenlos

Albert Krabbenhöft Gütersloher straße Nr. 11
DROGEN FOTO FARBEN
LEBENSMITTEL
Weine . Verbandstoffe
Fotoarbeiten
sauber . schnell . preiswert
Abzüge 6x9=10 Pf. 9x12=15 Pf.
Fachmännische Beratung . 30jährige Erfahrung



Der Christliche Erzähler

Erscheint alle 14 Tage. Jedes Heft nur 27 Pfennig. Abonnements jederzeit bei kostenloser Zustellung.

Evangelische
Ernst Moritz Arndt-Buchhandlung
Inhaber: Erich Drzenski
Bielefeld, Bahnhofstraße 22

Verdienst-
Möglichkeit ist geboten durch Verbreitung e. neuen Monatsblattes. Wenden Sie sich an den HEILGARTEN-VERLAG STUTTGART W. Marienstr. 11

Christlich gesinnter, lediger
Bäckermeister
wird gesucht.
Bäckerei H. Woddow, Prenzlau

Suche zum 15. 3. ein gebild., arbeitsfreudiges
junges Mädchen
aus christlicher Familie als **2. Haustochter.** Schlicht um schlicht. Bewerbungen mit Bild erbittet Frau Pastor Göbel, Sonneborn i. L.

Bautechniker
24jähr., gel. Maurer, sucht Arbeit. Büro oder Baustelle bei besch. Ansprüchen. Angebote an die Geschäftsstelle d. Bl. unt. A 3097.

Photohaus Baumann
Goldstraße 3
liefert alle
Amateurarbeiten

Stellengesuche und Angebote
haben im „Aufwärts" großen Erfolg!

Erich Sauer
Zweck und Ziel der Menschenschöpfung.
(1931). 128 S. **Brosch. RM 1.80, geb. RM 3.—**
Mit vollem Recht kann man behaupten, daß das Buch von Sauer, Lehrer an der Bibelschule zu Wiedenest, eine der wichtigsten Veröffentlichungen für den gläubigen Christen der Gegenwart ist. Dieses Büchlein führt in geradezu meisterhafter Weise ein in die Tiefe und den Reichtum biblischer Lehre. Die Sprache ist voll glühender Lebendigkeit und Farbenpracht. Die Gedanken sind ungemein reichhaltig und vielseitig. Hier liegt wirklich eine gründliche Arbeit vor. Eine praktische Philosophie des christlichen Lebens ist es, ein Buch für die kämpfende Gemeinde. Ich selbst habe mir sofort mehrere Exemplare kommen lassen, um sie zu verschenken. Unsern Predigern habe ich dies Büchlein warm empfohlen, und manche Bibelstunde ist hierdurch neu belebt und reich und tief gesegnet worden. — Einige Ueberschriften seien genannt: „Die Notwendigkeit einer Möglichkeit des Bösen." — „Der paradiesische Beruf des Menschen." — „Die ewigkeitliche Bestimmung des Menschen" usw. Nicht herzlich und warm genug kann ich dies Büchlein empfehlen. Es verdient tatsächlich weiteste Verbreitung. Fr. Rienecker, Neumünster.

Wichtig für jedermann, besonders auch für Reichsgottesarbeiter.
Zu beziehen durch die Buchhandlung
W. Gauer, Wiedenest, Kr. Gummersbach
Postscheckkonto Köln 40411. [Rheinland

Sämereien für Garten und Feld
Obstbäume, Beerensträucher beste Sorten
Rosen u. Stauden in guter Auswahl
Dahlien, Knollengewächse
Ziersträucher, Heckenpflanzen
Nadelgehölze, Schlingpflanzen
Preisliste gern auf Wunsch
und sonstige **Gartenartikel** bietet an die
Gärtnerei der Anstalt Bethel
bei Bielefeld

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Männer.**

Wegen der großen **Missionskundgebung** am Sonntag abend wird die Weißkreuzstunde zunächst verschoben.

Am Montag 8¼ Uhr Männerchor, 8¾ Uhr Gemischter Chor in der Aufbauschule.

Dienstag 8¼ Uhr Mitgliederversammlung in Gosen.

Vorstandssitzung am Samstag, d. 11. 2., 8¼ Uhr bei Herrn P. Jungblut.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Beilage des Aufwärts

Nr. 36. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 11. Februar 1933. | 15. Jahrgang.

Wirtschaft und Ethik.

Als jüngst ein Student der Handelshochschule in X. von der volkswirtschaftlichen Aufgabe der Betriebe sprach, fiel ihm der Professor ins Wort: „Die Aufgabe der Betriebe ist rentabel zu arbeiten, Gewinn zu erzielen, natürlich nicht auf unanständige Weise, aber Ethik hat hier nichts zu tun!“ — — —

Ist das nicht leider die landläufige Auffassung des überwiegenden Teiles der volkswirtschaftlichen Führer und Lehrer in Theorie und Praxis?! Ethische Grundsätze können und dürfen keinen Raum im Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens unserer Tage beanspruchen. Die Wirtschaft unterliegt, so meint man überlegen, ihren eigenen Gesetzen — Gesetzen, denen schlechterdings mit sittlichen Maßstäben nicht beizukommen ist. Der Liberalismus längst vergangener Tage mit seinem „laissez faire, laissez aller“ hat auch heute noch seine Nachbeter, die auf die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft immer noch schwören und diese selbst allen vernünftigen Einwänden zum Trotz für ein Rührmichnichtan halten. Unter dem Einfluß dieses liberalistischen Geistes hat sich allmählich ganz allgemein die Anschauung verbreitet, die Wirtschaft umfasse einen Bezirk menschlicher Lebensverhältnisse, in dem die sittlichen Werturteile von gut und böse ausgeschaltet seien und die Forderungen der Ethik keine Berechtigung hätten. Die Konsequenz dieser Auffassung ist, daß in jenem Lebenskreis sittliches Handeln nicht mehr unbedingt vorausgesetzt und die persönliche Verantwortung vor dem eigenen Gewissen oder — sagen wir es frei heraus — vor dem lebendigen Gott in den Wind geschlagen wird. Wenn man sich nur noch so eben vor einem Konflikt mit den Strafgesetzen zu schützen und der irdischen Obrigkeit geschickt durch die Maschen zu schlüpfen versteht, so genügt dies vollkommen, um ein ehrenwerter Vertreter und ein nützliches Glied der sog. Wirtschaft sein zu können. Was scheren einen die sittlichen Grundlagen von Staat und Gesellschaft — die man vielleicht schlechthin leugnet, sie jedenfalls aber nicht für sich verbindlich sein läßt. Man lebt ganz einfach in dem Wahne der Eigengesetzlichkeit und der Ausschließlichkeit der Wirtschaft dahin, fühlt sich eben nur als ein Gliedchen in diesem großen, vielgestaltigen, von niemand mehr zu durchschauenden, gewaltigen Räderwerk des menschlichen Geistes — und damit basta! —

Unsere gegenwärtige Wirtschaft ist das Ergebnis einer langen Entwicklung; sie ist, wie wir alle wissen, nicht von heute auf morgen entstanden. Soweit die geschichtliche Forschung reicht, lebte und wirtschaftete der Mensch stets innerhalb eines sozialen Verbandes, sei es, daß diese Verbände durch Blutsverwandtschaft, Sitte und Tradition, sei es, daß sie durch politische Gewalt entstanden und zusammengehalten wurden. Es handelt sich hier also um einer Grundtatsache aller Wirtschaft, so daß man von einem sozialen Trieb der Menschen sprechen darf. Bekanntlich hat schon Aristoteles eben wegen dieser naturgegebenen Erscheinung den Menschen als ein „zoon politikon“, als ein „geselliges Lebewesen“ schlechthin charakterisiert. Bezeichnend ist, daß die Lehre vom Staat, als dem geordneten Zusammenschluß der Einzelindividuen, der Antike bereits als ein Teil der Ethik erscheint. Wenn schon die großen Denker des Altertums den Staat mit einem Menschen verglichen und folgerichtig verlangten, daß die Tugenden der Menschen sich in den Prinzipien der Staaten ausdrückten, so müssen wir uns heute über den großen sittlichen Ernst wundern, mit dem diese Lehren verfochten wurden (vgl. z. B. Plato, „Der Staat“). Die Alten waren der Auffassung, daß die Rechtfertigung bestimmter Herrschaftsformen durch Harmonie und Proportion (der ästhetisch bestimmten Ethik) und Trennung des Höheren vom Niederen gegeben sei. Das entspreche dem Dualismus von Leib und Seele und der doppelten Seins- und Erkenntnisart. Wie die Vernunft über die Leidenschaft, die Seele über den Körper, so herrsche der Herr über den Sklaven. —

Sollte dies, so fragen wir uns, bei der sog. „Wirtschaft“ anders sein können? Wenn schon der Staat nicht der sittlichen Grundlagen entraten kann, so die Wirtschaft als Inbegriff privater Lebensbeziehungen schlechthin erst recht nicht! Hier sehen wir uns nun leider zu der Feststellung genötigt, daß der hier und da vereinzelt schlummernde Trieb zum sittlichen Handeln, das sog. ethische Moment, nur selten eine größere reale Bedeutung erlangt hat. Im Gegenteil läßt sich im Blick auf den gegenwärtigen Zustand des Wirtschaftslebens sagen, daß es im weitesten Umfange jeglicher moralischer Hemmungen bar ist. Worte wie „business is all“ und „Sie sagen Gott und meinen Kattun“, lassen erkennen, daß für Ethik im modernen Wirtschaftsleben längst kein Raum mehr ist. Weiter ist festzustellen, daß innerhalb des menschlichen Motivlebens das Selbstinteresse, der Eigennutz, oder sagen wir noch besser, die Selbstsucht, die herrschende Stellung innehat. Das gilt im kleinen wie im großen. (Man erinnert sich etwa an einen eklatanten Fall aus jüngster Zeit: an den brutalen Zugriff der Engländer auf goldhaltiges Eingeborenenland in Afrika!) In der Tat ist der Eigennutz an sich — wer wollte das leugnen! — eine sehr wirksame Kraftquelle der Produktion. Von den Verfechtern der uneingeschränkten privatwirtschaftlichen Produktionsweise wird sogar immer wieder geltend gemacht, daß die Höchstleistungen nur erzielbar seien, wenn den Motiven des menschlichen Handelns, der Natur und Psychologie der wirtschaftenden Einzelwesen möglichst freie Hand gelassen werde. Daß aber das rücksichtslos wahrgenommene Selbstinteresse des wirtschaftenden Menschen zum Schutze des Gemeinwohls einer Zügelung und Korrektur bedarf, wird uns gleichwohl in Zeiten wirtschaftlicher Volksnot besonders klar. Durch freieste Entfaltung des Eigennutzes wird die „Harmonie aller Interessen“, wie sie dem Liberalismus noch vorschwebte, nimmer erreicht. Der Staat hat sich seinerseits immer wieder vergeblich daran versucht, wie die Triebkraft des menschlichen Egoismus durch andere Triebkräfte zu ersetzen sei; das ist ihm immer nur recht kümmerlich gelungen. Die angewandten Mittel der Steuer- und Sozialpolitik sind und bleiben einfach unzulängliche Mittel zur Bekämpfung des asozialen Verhaltens des wirtschaftenden Menschen. Auf welche Weise soll denn aber nun der soziale Ausgleich als das zum friedlichen Zusammenleben der Menschen notwendige Ziel erreicht werden?

Hierauf läßt sich angesichts des soeben gezeichneten Tatsachenbildes nur die eine Antwort geben: Auch im Bereiche der Wirtschaft muß je länger je mehr die Ethik als das wirksamste Förderungsmittel für den sozialen Ausgleich erkannt und angewandt werden! Das bedeutet mit andern Worten ganz einfach dies: Auch die seelenlos gewordene Wirtschaft muß es mehr und mehr lernen, sich als Einfluß- und Machtsphäre des lebendigen Gottes anzusehen. Mit welchem Recht könnten wir modernen Menschen des 20. Jahrhunderts uns wohl noch als „Christen“ bezeichnen, wenn es in unserem Belieben stünde, gewisse Lebensgebiete, wie z. B. das der Wirtschaft, vom göttlichen Einfluß auszunehmen, sie als ausschließlichen Herrschaftsbereich des Menschen zu neutralisieren!? Wie wollen wir, die wir uns „Christen“ nennen, es rechtfertigen, wenn wir geneigt sind, den Herrschaftsanspruch Gottes auf Kirchen und Klöster zu begrenzen und ihn für das Geschäfts- und Berufsleben nicht anzuerkennen!? Haben wir es völlig verlernt, was es heißt, „Christ“ zu sein? Dem epikuräischen und stoischen Philosophen wurde die Gottverbundenheit des Christen einst auf dem Areopag zu Athen durch das glaubensstarke Zeugnis eines Paulus zum Bewußtsein gebracht: „In Ihm leben, weben und sind wir — wir sind göttlichen Geschlechts!“ Wenn wir modernen Leute der Gegenwart uns hierauf besinnen möchten, dann könnten und dürften wir es schlechterdings nicht mehr zulassen, daß diese große Tatsache im wirtschaftlichen Leben noch länger geleugnet wird. Die Christen an die Front! muß die Losung heute sein. Es ist an den christlichen Persönlichkeiten selbst, ob sie gewillt sind, ihre christliche Weltanschauung oder sagen wir lieber ihren persönlichen Gottesglauben auch in ihrem Betrieb, in ihrem Geschäft und Beruf, maßgeblich zu betätigen. Wer den Mut dazu aufbringt, der wird des zeitlichen und ewigen Segens gewiß sein! — — —

Moderne Volkswirtschaftler sind angesichts der unüberwindlichen Schwierigkeiten bei der richtigen (gerechten!) Verteilung der Güter längst zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Wirtschaftsegoismus (oder sagen wir dafür: das Wirtschaften ohne ethisch bestimmtes Handeln) in der Volkswirtschaft das herrschende Prinzip nicht sein kann. Jene Gelehrten sind zwar nicht der Auffassung, daß der wirtschaftliche Egoismus grundsätzlich zu bekämpfen sei. Aber wohl sind sie der Meinung, daß die gesunde Volkswirtschaft als Lebensfunktion der Gesamtheit des Volkes nicht nur zweckmäßiges, sondern auch sittliches Handeln voraussah. Diese wissenschaftliche Erkenntnis ist sehr wertvoll! Es ist darüber hinaus längst Allgemeingut, daß die Führer auf allen Gebieten (der Wirtschaft, der Politik, der Kirche usw.) sittliche Qualitäten, ethisch bedingtes Wollen und Handeln an den Tag legen müssen, wenn anders man von ihnen Großes erwarten soll. Zwischen dem gesunden Wirtschaftsegoismus, als dem unentbehrlichen Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, und dem ethisch bestimmten Streben muß ein Gleichgewicht angestrebt werden, dann erst wird die Voraussetzung geschaffen für eine wirkliche „Harmonie der Interessen“.

Ein bekannter Nationalökonom (Schmoller, † 1917) war noch des Glaubens, es werde einstens gelingen, die Habsucht bei den führenden Menschen auszurotten. Er war von unerschütterlichem Vertrauen auf den Fortschritt der Menschheit beseelt (vgl. seinen „Grundriß der Volkswirtschaftslehre“ am Schluß). Wie würde ein Schmoller wohl heute urteilen müssen!? Würde er beim Erleben des letzten wechselvollen Vierteljahrhunderts mit seinem Glauben an den Fortschritt der Menschheit nicht schmählich zuschanden geworden sein?

Auf einem Teil der Erde verbrennt man die reichliche Ernte; die Abnehmer fehlen. Auf einem anderen Teil der Erde verhungern die Menschen. Die Beförderungsmittel sind da; mehr als genug, denn die Schiffe werden aufgelegt. Die Wirtschaft funktioniert nicht. Die Welt ist aus den Fugen. So ist denn das Kennzeichen unserer Tage: Not, Not und Not. (Aus dem Geleitwort der Juristischen Wochenschrift 1933, S. 1.) —

Wir sehen: Wirtschaft ohne Ethik, das ist der Tod aller Kultur. Wirtschaft und Ethik, das ist Leben und wahrer Fortschritt. Je mehr die Führer und Glieder unserer deutschen Wirtschaft sich dieser wichtigen Erkenntnis frei erschließen, desto größer ist unsere Zuversicht auf Ueberwindung der deutschen Not. Darum: Zurück zur Quelle alles Lebens. Denn: An Gottes Segen ist alles gelegen! J. E.-K.

Der Kommunismus und das Recht auf Eigentum.

Wenn man zwei Begriffe durch das Wörtlein „und“ verbindet, so soll dadurch meist zum Ausdruck gebracht werden, daß eine Spannung zwischen ihnen besteht. Auch zwischen Kommunismus und Privateigentum besteht eine Spannung. Im Rahmen des kommunistischen Wirtschaftssystems hat der Begriff Privateigentum keinen Raum mehr. Der Kommunismus verwirft jegliches Privateigentum, weil er in ihm die tiefste Ursache aller persönlichen Mißhelligkeiten, alles Zanks und Streits, aller Haß- und Rachgedanken unter den Menschen sieht. Verbrechen wie Diebstahl, Raub, Mord- und Totschlag entspringen dem Kampf um das Mein und Dein, und selbst Kriege und räuberische Eroberungszüge der Völker sind zumeist auf das Konto des Zanks um das Privateigentum zu setzen.

Man schaffe also das Eigentum ab, so folgert der Kommunismus, und die Welt wird einen anderen Zuschnitt und das Leben ein anderes Gesicht bekommen. Not und Armut, die man heute vergeblich bekämpft, werden verschwinden, und die Menschen werden glücklich und zufrieden sein. Beseitigt man die Ursache, so beseitigt man auch deren Wirkungen. Aendert man die Verhältnisse, so ändert man den Menschen; denn der Mensch ist eben ein Produkt der Verhältnisse.

In Rußland, wo man zur Zeit den ersten gewaltigen Versuch macht, einen alten Traum der Menschheit zu verwirklichen und ein Staatswesen auf kommunistischen Grundlagen aufzubauen, geht man mehr und mehr dazu über, das Eigentum im bisherigen Sinn abzuschaffen, indem man die bäuerlichen und sonstigen Freiwirtschaften in Kollektive verwandelt. Es gibt dort drüben heute schon mehr als 200 000 Kollektivwirtschaften und mehr als 5000 Sowjet- und Korporativwirtschaften.

Ist es nun, vom logischen Standpunkt aus gesehen, empfehlenswert, dem russischen Beispiel zu folgen? Bedeutet es Glück und Zufriedenheit für den Menschen, wenn man ihn dem Kollektiv einverleibt, wo es keine Unterschiede mehr gibt von mein und dein, von reich und arm, wo alles, was an totem und lebendigem Gut vorhanden ist, der Gesamtheit, in letzter Linie also dem Staat, gehört? —

Es soll nicht davon gesprochen werden, welche Lücke zwischen Theorie und Praxis in den russischen Kollektiven klafft, welches Elend die Umwandlung über den russischen Menschen bisher gebracht hat. Wir wollen einmal ein wichtiges psychologisches Moment in Rechnung stellen, auf das man in der kommunistischen Ideenfolge selten einmal stößt.

Bisher war die Möglichkeit, durch Arbeit und Fleiß Eigentum zu erwerben, der stärkste Anreiz für den schaffenden Menschen. Wie wird das nun sein, wenn durch Abschaffung des Privateigentums dieser Anreiz wegfällt? Wird der Kollektivist, der es nie weiter bringen kann, auch noch die Arbeitswilligkeit und Arbeitsfreudigkeit aufbringen können wie der frei schaffende Mensch der freien Wirtschaft? Diese Frage spielt eine ganz außerordentlich wichtige Rolle im Zukunftsbilde des kommunistischen Gemeinwesens. Die Führer des Sowjetstaates wissen das auch und haben sich hier und da mit dieser Frage befaßt.

So sagte Stalin 1928 unter Berufung auf Karl Marx, die Arbeit dürfe im Zukunftsstaate nicht mehr nur Mittel zum Zweck sein, sondern das erste Lebensbedürfnis. Und in einer Rede vom 9. September 1927 führt er aus: „Das Bewußtsein, daß die Arbeiter nicht mehr für den Kapitalisten, sondern für ihren eigenen Staat, für ihre eigene Klasse arbeiten — dieses Bewußtsein ist eine gewaltige Triebkraft für die Entwicklung und die Vervollkommnung unserer Industrie.“

Ob Stalin diesen seelischen Faktor beim Arbeiter nicht doch gewaltig überschätzt? Es mag sein, daß es einge geistig höher stehende Arbeiter gibt, die sich bei ihrer Arbeit von dem Bewußtsein bestimmen lassen: Du arbeitest für den Staat oder für deine Klasse, und deshalb mußt du besonders regsam sein. Die arbeitsunfrohe Masse denkt aber ganz anders und ist an dem Arbeitserfolg weder aus diesen noch anderen Gründen interessiert. Das beweist die Praxis und das wissen die kundigen Thebaner in Rußland, die die Sachlage von oben sehen, auch ganz genau.

Wie Nr. 2 der „Bodenreform“ vom 15. 1. 33 berichtet, sagte W. Molotow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, am 26. November des vergangenen Jahres auf dem Moskauer Kongreß der Ingenieure und Techniker:

„Es gibt in den 200 000 neuen Kollektiven, außer allen anderen Möglichkeiten, genügend Winkel und Lücken, die wir hier oben nicht sehen, die aber für die antisow-

jetischen Elemente aus den Reihen des von uns geschlagenen Kulakentums, des Händlertums, der Offiziersklique usw.; bequem genug sind, sich dort einzunisten. Wie viele solcher Feinde haben sich selbst in unsere Anstalten und Betriebe eingeschlichen und um so mehr in die Kollektivwirtschaften der entlegenen Gebiete . . . Es kommen noch oft Fälle vor, wo unsere Parteiarbeiter die einfache bolschewistische Regel nicht verstehen, daß man die Kollektivwirtschaft nur unter der Bedingung festigen und die Lage der Kollektivisten wirklich verbessern kann, wenn in der Kollektivwirtschaft selbst ein unentwegter Kampf gegen die Bummler auf den Feldern der Kollektivwirtschaft, gegen die Plünderer des Eigentums der Kollektivwirtschaft" . . . geführt wird.

Wir sehen hier, daß sich Theorie und Praxis da drüben noch sehr wenig decken. Die Angehörigen des Kollektivs haben zwar gleichen Anteil an allem, was das Kollektiv besitzt, aber sie haben nicht alle gleichen Anteil an dem geistigen Gut der Arbeits- und Schaffensfreudigkeit, das die stille Voraussetzung für das Gedeihen des Kollektivs, sei es nun eines bäuerlichen oder eines industriellen, ist. Der Kommunist setzt eben zuviel voraus. Er setzt auch voraus, daß alle Menschen gleich sind und übersieht, daß Antrieb und Schwungkraft bei den verschiedenen verschiedene Beweggründe haben.

Der Kommunist, der die Welt durch die farbigen Gläser seiner Theorie sieht, übersieht auch, daß der Wille zum Eigentum als ein Urbedürfnis in der menschlichen Natur verankert ist. Wir kommen dem Problem Eigentum mit juristischen Begründungen, die sich teils auf den Staat, teils auf die Gesellschaft, teils auf die ökonomische Seite der menschlichen Natur stützen, nicht nahe genug. In der Verlängerungslinie der juristischen Begründung des Rechts auf Eigentum liegt noch eine philosophisch-biologische. Dieser wollen wir einmal kurz die Aufmerksamkeit zuwenden.

Der Mensch ist seinem tiefsten Wesenskern nach göttlich bestimmter und göttlich geleiteter „Wille." Dieser Wille schafft sich durch Nahrungsaufnahme, also mit Hilfe von außen herangezogener Stoffe, einen Leib, einen Organismus als Instrument seines irdischen Wollens und Wirkens. Der unsichtbare Wille verstofflicht sich also in einem sichtbaren Körper. Der Körper ist des Menschen Eigentum, über das kein Fremder verfügen und bestimmen kann. Der organisierende Wille in uns läßt es aber bei der Schaffung eines sichtbaren Körpers, der sein alleiniges Eigentum ist, nicht bewenden; er greift in seinem stofflichen Aneignungsstreben (in Gestalt von Essen und Trinken) über die Peripherie des Körpers hinaus. Der Wille zum Leben will nicht nur einen Körper besitzen, auf den er das besitzanzeigende Fürwort „mein" anwenden kann; er will auch Eigentum haben in Gestalt von Haus und Hof, Weib und Kind, Acker, Vieh, Geld und Gut. Sonach hat das triebhafte Streben des Menschen nach persönlichem Eigentum seine tiefste Wurzel im Menschen selbst. Es kommt von innen, nicht von außen.

Die Feststellung, daß der Wille zum Eigentum etwas Urgegebenes ist, worauf sich ein Recht auf Eigentum gründen läßt, gibt dem Menschen aber kein Recht zu einer materialistischen Lebenshaltung und einer materialistischen Lebenshaltung und einer selbstsüchtigen Ausnutzung des Eigentums. Die biologische Deutung der Frage weist uns vielmehr auf eine sittlich-religiöse Linie hin. Der sichtbare Leib, den sich der Lebenswille in uns schafft, ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck; er ist nur die stoffliche Grundlage, auf dem der Wille, der Geist ein Gebäude sittlich idealen Strebens errichten soll. Und so ist Geld und Gut, das der Mensch erwirbt, auch nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck; es soll nur Diener aber nicht Herr des Menschen sein, so wie auch der äußere Leib nicht unser Herr werden darf. Wer Güter erwirbt, bloß um zu erwerben, wer Reichtümer aufhäuft und Schätze sammelt, um ihrer selbst willen, der wird ein Knecht und Sklave des Mammonismus.

Gewiß haben wir ein urgegebenes, natürliches Recht auf Eigentum, wir dürfen aber nicht vergessen, daß auch heilige Pflichten an die Verwendung und Verwaltung von Geld und Gut gebunden sind. Wer sich dessen nicht bewußt ist, dem wird Besitz und Reichtum zum Fallstrick. „Wie schwer kann ein Reicher ins Reich Gottes kommen", sagt Jesus nicht umsonst. Durch Mythos und Sage zieht sich seit grauer Zeit dämonisch der Fluch des Goldes. In dem wirtschaftlichen Wirrwarr der Gegenwart zeigt sich der Fluch des Goldes. Er ruft der besitzenden Klasse das Menetekel zu: „Man hat dich auf einer Waage gewogen und zu leicht erfunden." Da wo sich nicht ein tieferes Verantwortungsgefühl in der Verwaltung des Reichtums und in der Verwendung des Goldes zeigt, knüpft sich an das Eigentum oft eine Tragik von erschütternder Art.

Der Wille zum Eigentum ist urgegeben; urgegeben ist aber auch das sittliche Gebot, rechte Haushalter des Erworbenen zu sein; urgegeben ist das Gesetz: „Brich dem Hungrigen dein Brot." Wie der Gesunde Pflichten hat gegenüber dem Kranken, so hat der wirtschaftlich Starke Pflichten gegenüber dem wirtschaftlich Schwachen.

Bessere Menschen werden wir, wenn wir dem Urgebot Christi uns unterwerfen: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst." Aber wir werden nicht bessere Menschen, wenn wir die Verhältnisse ändern und etwa eine wirtschaftsordnung auf kommunistischen Grundlagen schaffen, in der das Eigentum abgeschafft und die freie Wirtschaft durch das Kollektiv ersetzt ist.

Das Postulat der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und seelischen Gleichheit ist unerfüllbar. Und wäre es erfüllbar, es bedeutete noch nicht das Paradies auf Erden, dessen Verwirklichung der Kommunismus erstrebt.

W. Künhaupt.

Private Leihbibliotheken.

„Durch Einrichtung einer Leihbücherei können Sie sich sofort eine gute Existenz gründen. Etwas Kapital erforderlich. Der Generalvertreter der größten Einkaufszentrale für Leihbüchereien ist in nächster Zeit in S. . . Interessenten schreiben sofort unter H. D. 5286 bef. Rudolf Mosse, Hamburg 36."

Dieses Inserat befindet sich sowohl in größeren Zeitungen als auch in Lokalblättern.

Aus der Not der Zeit sind diese „fliegenden Leihbibliotheken" herausgewachsen. Erwerbslose, die selbst durch Musizieren, Hausieren u. dgl. keine Verdienstmöglichkeiten mehr sehen, suchen in einem leerstehenden Laden eine Leihbücherei für billiges Geld aufzumachen. Sie rechnen hierbei auf Leidensgenossen, die lesehungrig sind und nur durch Bücherlesen über ihre Langeweile hinwegkommen wollen. Die lesehungrigen Erwerbslosen sind nicht die schlechtesten. Sie wollen auf diese Weise ihren geistigen Hunger stillen.

Die öffentlichen, städtischen Büchereien haben infolge der wirtschaftlichen Not Personal abgebaut, obwohl das Reichsinnenministerium letzthin den maßgebenden Instanzen nahegelegt hat, hier die Mittel nicht zu beschneiden, und so sind diese Büchereien an manchen Tagen geschlossen.

Während nun bei öffentlichen Leihbibliotheken oder solchen von Kirchengemeinden und Vereinen der Erziehungs- und Bildungsgedanke im Vordergrunde steht, handelt es sich bei den fliegenden Leihbibliotheken um das Geschäft.

Unter den verschiedensten Bedingungen werden ganze Büchereien oder hundert Bände auf Ratenzahlungen an den Unternehmer geliefert, wobei die Buchauswahl ganz in den Händen der Lieferungsfirma liegt.

So kann man z. B. gegen die Verpflichtung einer wöchentlichen Ratenzahlung von nur 5 Mark, die sich über ein Jahr erstreckt, eine Bibliothek von hundert Bänden erwerben.

Der Verleihbetrieb ist auf die pfandlose Hergabe von Büchern eingestellt, es wird nur ein Personal- oder Wohnungsausweis gefordert. Gegen Unterschlagungen schützen sich die Bibliotheken durch eine schwarze Liste oder durch Anzeige bei der Polizei. Der Leihpreis ist sehr niedrig, in der Regel wöchentlich 10 bis 20 Pfennig pro Buch.

Teure Bücher werden zum Leihpreis von 1 bis 2 Mark abgegeben, wobei sich wohl mehrere Leser zusammentun.

Als Blickfang für die Leser dienen die Auslagen in den Schaufenstern. Besonders verheerend wirkt hierbei, daß neben dem üblichen Schund an erotischen Büchern, Kriminalromane und selbst Aktphotographien, harmlosere Bücher und wertvolle Literatur in wahllosem Durcheinander ausgestellt sind. Das Blühen des Geschäftes ist aber abhängig von dem Führen von Sexuallitteratur; die sich auf den Ladentheken oder in den Regalen vorfindet, wobei unaufgefordert Pikanterien angepriesen werden.

In einer Kölner Leihbibliothek wurden mehrere Kisten Pornographien — es waren Privatdrucke, zu ¾ in Maschinenschrift und zum Teil sogar in Handschrift — von der Polizei beschlagnahmt. — In einem Werke „Das lüsterne Weib", konnten Fingerabdrücke und Kritzeleien von Kindern festgestellt werden.

Man hat selbst Bücher vorgefunden, die auf der gegen 200 laufende Nummern zählenden „Reichsverbotsliste der Schund- und Schmutzschriften" stehen. Besonders traurig ist es, wenn junge Burschen oder gar Mädchen von 15 Jahren mit dem Verleih dieser Bücher beauftragt sind. Die Inhaber der Bibliotheken haben vielfach keine buchhändlerischen Kenntnisse und müssen häufig unter Verlust ihrer Ersparnisse bald den Laden zumachen oder an einen anderen Unternehmer abtreten. Das Geschäft macht hierbei die Lieferfirma. Die Leihbibliotheken haben sich zu Schutzverbänden zusammengeschlossen. So besteht z. B. ein Schutzverband in Köln, ein Schutzverband Groß-Berliner Leihbüchereien, ein „Reichsbund deutscher Leihbüchereien, Sitz Breslau" und ein „Reichsverband der Buchverleihe" mit dem „Reichsnachrichtenblatt der Buchverleih." Hinter den privaten Leihbibliotheken steht der Großunternehmer mit jüdischem Einschlag; ja, es wird sogar behauptet, daß auch ausländisches Kapital in Frage kommt.

Im Februar vorigen Jahres waren in Düsseldorf etwa 40 Leihbibliotheken, ihre Zahl ist auf über 200 gestiegen. In Köln sind zur Zeit etwa 460 Stück. In Hamburg existieren nach Auskunft der Polizei 802 Leihbibliotheken, in Gelsenkirchen 18, in Mannheim 40; aber auch in mittleren und selbst kleineren Städten sind jetzt Leihbüchereien eingerichtet. Vielfach enthalten diese Bibliotheken nur Sexual-Literatur.

Besonders schlimm ist es, auch vom gesundheitlichen Standpunkte aus, wenn die Leihbibliotheken in Verbindung mit Lebensmittel- und Genußmittelgeschäften, Friseurläden und Zigarrengeschäften eingerichtet sind.

Es sind Bestrebungen im Gange, den Leihbüchereien zunächst mit gesetzlichen Maßnahmen entgegenzuarbeiten. Der Verband preußischer Provinzen in Berlin hat dem Reichsinnenminister vorgeschlagen, eine Konzessionspflicht durch einen Nachtrag zur Reichsgewerbeordnung einzuführen. Der Reichsfrauenbeirat der deutschen Zentrumspartei fordert, daß durch die in Vorbereitung befindliche Novelle zur Gewerbeordnung den Miet büchereien der Betrieb untersagt werden kann, wenn der Inhaber sich als unzuverlässig erwiesen hat. Andere fordern, daß auf dem Wege der Notverordnung dieser Schmutzflut ein Damm entgegengesetzt wird, da die fliegenden Leihbibliotheken als Schuttablade der modernen Kultur unsäglichen Schaden in unserm Volke anrichten.

Herr Prof. Dr. Sellmann, vom Westdeutschen Sittlichkeitsverein, empfiehlt im „Wächterruf", daß das Gewerbe der Mietbüchereien in den § 35 des Gewerbegesetzes aufgenommen wird, um unzuverlässige Inhaber auszuschalten. Das Gesetz zum Schutz der Jugend vor Schmutz- und Schundschriften und andere Verordnungen reichen bei weitem nicht aus, um durchgreifenden Jugendschutz zu gewähren. Erfreulicherweise befindet sich auch der „Börsenverein der deutschen Buchhändler" in der Abwehrfront gegenüber den wilden Leihbibliotheken. Neben diesen gesetzlichen Abwehrmaßnahmen muß aber eine positiv gerichtete Gegenarbeit einsetzen nach dem Schriftwort: „Ueberwindet das Böse mit Gutem."

Erfreulicherweise hat sich in Berlin ein Ausschuß gebildet, der aufklärend und für gute Büchereien werben will. Die Arbeitsgemeinschaft, die entstanden ist, hat sich den bezeichnenden Namen „Bücherhilfe für Erwerbslose — geistige Winterhilfe" gegeben. Führende Volksbildungsverbände, staatliche und kommunale Behörden, sonstige Verbände haben sich zusammengeschlossen, und die Unterstützung des Reichsinnenministeriums ist ihnen zugesichert. Von diesem Ausschuß ist in dringlichen Rundschreiben an die Kreise und Gemeinden auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, als wichtigstes Hilfsmittel geistig-seelischer Erwerbslosenbetreuung das Buch im Anschluß an die bestehenden Einrichtungen, vornehmlich die Volksbüchereien, einzusetzen.

Auch der deutsche Städtetag hat sich kürzlich durch ein Rundschreiben an seine Mitglieder für die Bekämpfung von Schund und Schmutz eingesetzt. Nunmehr hat das preußische Innenministerium die preußischen Polizeibehörden angewiesen, die deutschen Städte bei der Bekämpfung von anstößigen Auslagen nachdrücklich zu unterstützen. Hier muß auch mehr als früher die Arbeit der Landes-, Kreis- und Stadtjugendämter einsetzen.

Es ist die Pflicht eines jeden Staatsbürgers, der ein warmes Herz hat für die Wohlfahrt seines Volkes und Landes und insbesondere für die heranwachsende Jugend, daß er ein wachsames Auge hat für alles, was auf der Straße oder in Läden sich breit macht, um die Volkssittlichkeit zu untergraben. Er hat sodann seine Beobachtungen und etwaiges Material den maßgebenden Stellen mitzuteilen, sei es nun das Jugendamt, die Polizeibehörde oder die Geschäftsstelle des Westdeutschen Sittlichkeitsvereins in Hagen, Buscheystraße 48.

Viele, selbst berufene Jugenderzieher, lassen es an dieser Wachsamkeit fehlen.

Es sind nicht nur Erwerbslose, sondern auch Schüler höherer Lehranstalten und selbst von Volksschulen, die zu den Kunden der wilden Leihbibliotheken gehören. — Von kirchlichen und Vereinsorganisationen, konnten auch in den größeren Städten fahrbare Büchereien mit guten Büchern und Schriften eingerichtet werden, selbst wenn sie eines Zuschusses bedürfen.

Der Deutsche Sittlichkeitsbund vom Weißen Kreuz stellt sich ebenfalls seit Jahren in den Kampf wider Schmutz und Schund. Nicht nur durch seelsorgerliche Arbeit, sondern auch durch sein Schrifttum. Auf der 58. Landestagung in Solingen am Buß- und Bettag vorigen Jahres hat er wiederum eine Entschließung angenommen, nicht nur gegen die Schädigungen durch Schund und Schmutzliteratur, sondern auch gegen die zunehmende Straßenprostitution und gegen die Schutzmittel-Automaten, wie sie von der Dublosan-Gesellschaft hin und her, unter der Bezeichnung „Männer-Gesundheit", aufgestellt sind. In den Aborten von Reichsbahnhöfen befinden sich heute rund 250 Schutzmittelautomaten, 130 in Dienststellen der Schutzpolizei und der Reichswehr, etwa 1000 in den Toiletten der Cafés und Vergnügungslokale verschiedener Städte und 300 Automaten in öffentlichen Bedürfnisanstalten. Die Deutsche Dublosan-Gesellschaft hat im Kalenderjahr 1931 durch ihre Automaten Schutzmittel im Werte von 171 000 *RM* verkauft. Im Proletarierviertel Berlin-Wedding, wo ⅕ Der Bevölkerung vom Wohlfahrtsamt unterstützt wird, sind im Jahre 1931 nahezu für 15 000 *RM* Schutzmittel den Schutzmittelautomaten in den Bedürfnisanstalten entnommen worden. Von Kindern sind diese Verhütungsmittel schon in öffentlichen Anlagen aufgelesen worden. Der heimgegangene Reichstagsabgeordnete P. D. Mumm hat sich mit ganzem Ernst für die Entfernung dieser Automaten eingesetzt,j aber weder ihm noch anderen Männern und Verbänden ist es möglich gewesen, dieses zur Unzucht anreizende öffentliche Aergernis zu entfernen.

Alle Gutgesinnten sollten sich zusammenschließen zu einem starken Oeffentlichkeitswillen gegenüber diesen alles zersetzenden Mächten des Kulturbolschewismus. Gott der Herr aber schenke uns Männer in der Regierung, die unbekümmert um das Geschrei einer jüdisch-marxistischen Presse und ihrer geschäftstüchtigen Hintermänner, unabhängig von der Parteien Gunst oder Ablehnung, mit eisernem Besen den Unrat aus dem Volksleben entfernen, der die Jugend vergiftet und die Familie zersetzt.

Soest, 29. 1. 33. R. Toellner.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.